

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten der SPD Stimmt Nein zum Lissabon -Vertrag

Ihr seid aufgerufen, 2008 über den Lissabon-Vertrag abzustimmen, auf den sich am 19. Oktober die 27 EU-Staats- und Regierungschefs geeinigt haben.

Die Verfechter dieses Vertrags sprechen von „demokratischen und sozialen Veränderungen“ gegenüber dem europäischen „Verfassungs“-Entwurf.

Tatsächlich nimmt der Vertrag den ursprünglichen „Verfassungs“-Entwurf bis auf wenige Ausnahmen im Wesentlichen wieder auf und bestätigt ebenfalls alle Artikel der früheren Verträge. D.h. mit dem Lissabon-Vertrag wird den Völkern und ihren parlamentarischen Vertretern einfach der ehemalige „Verfassungs“-Entwurf zur Zustimmung vorgelegt, den das französische und holländische Volk und mit ihnen die Mehrheit aller europäischen Völker zurückgewiesen hatten. Auch dieser Vertrag schreibt die antisoziale und antidemokratische Politik des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspaktes, sowie der EU-Richtlinien, fest. Die supranationalen Institutionen werden durch den Vertrag gestärkt und gegenüber dem „Verfassungs“-Entwurf noch verschärft. Die Tatsache, dass die Union zukünftig Rechtspersönlichkeit besitzt, gibt ihr im Klartext die Befugnis, internationale Verträge über die Köpfe der Nationalstaaten hinweg abzuschließen.

- **Die Einführung der Rente mit 67** durch die Große Koalition ist die strikte Umsetzung des Beschlusses des EU-Gipfels von Barcelona vom März 2002, der von allen Mitgliedstaaten der EU die Anhebung des Renteneinstiegsalters um 5 Jahre bis 2010 fordert.

Der DGB forderte, „dass die Rente mit 67 nicht kommen darf!“ 100 000e ArbeitnehmerInnen haben mit den DGB-Gewerkschaften für diese Forderung demonstriert, wie auch die italienischen, französischen, griechischen... ArbeitnehmerInnen.

Wird Euch, den sozialdemokratischen Abgeordneten, damit nicht das Mandat aufgetragen, Nein zu einem Vertrag zu sagen, der die Verlängerung des Renteneintrittsalters in allen EU-Mitgliedstaaten erzwingen will?

- **Der Euch zur Abstimmung vorliegende Lissabon-Vertrag übernimmt den Artikel über den Binnenmarkt**, in dessen Namen alle EU-Richtlinien für die Privatisierung der Öffentlichen Dienste (Bahn, wie auch der Post, Telekommunikation, Strom, Gas) erlassen und in allen europäischen Ländern umgesetzt werden.

Es wird gesagt, dass das Prinzip des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“ nicht mehr zu den Werten der EU gehört. Im Protokoll Nr. 6, das dem Vertrag beigelegt ist und denselben juristischen Wert besitzt, heißt es: „dass zu dem Binnenmarkt (wie er im Vertrag beschrieben wird) ein System gehört, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt“. Die Verpflichtung auf den „unverfälschten Wettbewerb“ stellt auch in Form des der Verfassung aufgezwungenen Wettbewerbsföderalismus insgesamt die Öffentliche Daseinsvorsorge, den einheitlichen Sozialstaat, den einheitlichen „demokratischen und sozialen Rechts- und Bundesstaat“ in Frage.

- **Der Artikel über das Verbot staatlicher Beihilfen findet sich ebenfalls in dem Vertrag wieder**, der alle Subventionen für Öffentliche

Dienste oder Betriebe für illegal erklärt und so jede (Wieder-) Verstaatlichung kommunaler Betriebe, wie der Entsorgung, zu der sich Kommunen nach den Erfahrungen mit der Privatisierung entscheiden, verbietet.

Die Mehrheit der Bevölkerung, der sozialdemokratischen Mitglieder und der Delegierten auf dem SPD-Parteitag lehnen die Privatisierung der Bahn ab!

Die KollegInnen der Post stehen mit ihrer Gewerkschaft im Kampf gegen die von der EU verlangte und von der Großen Koalition vorangetriebene völlige Liberalisierung der Post, mit der die Ausweitung von Dumpinglöhnen, die weitere Zersetzung der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge und Massenentlassungen drohen.

Sagt Nein zu einem Vertrag, der die Öffentliche Daseinsvorsorge, den Öffentlichen Dienst dem Wettbewerb ausliefert!

- **Der Artikel über „übermäßige öffentliche Defizite“ und der Stabilitätspakt werden übernommen.** In der Erklärung Nr. 17 zum Vertrag (die den gleichen juristischen Stellenwert wie der Vertrag hat) wird noch als Ziel hinzugefügt, „in Zeiten günstiger Konjunktur schrittweise einen Haushaltsüberschuss zu erreichen“. Im Namen des Stabilitätspaktes haben die Regierungen schon, um das öffentliche Haushaltsdefizit unter die 3% des BIP zu drücken, in ganz Europa den Kahlschlag in allen öffentlichen Haushalten organisiert. Wie weit wollen sie noch gehen?

So sind heute in Deutschland Kinder inzwischen schutzlos der Verarmung und sozialen Verwahrlosung ausgeliefert, weil in den öffentlichen Haushalten kein Geld da ist für die notwendigen Sozialleistungen, für ausreichende Kinder- und Jugendhilfe. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung wurde drastisch gesenkt.

Wir rufen Euch auf, im Namen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die die dem Gebot der

EU folgende Gesundheits„reform“ abgelehnt hat, stimmt mit Nein zu dem Vertrag, der im Namen der Haushaltskonsolidierung eine grausame Spar- und Privatisierungspolitik verlangt.

- **Der geänderte Artikel 87 im neuen Vertrag** bietet der Regierung die Möglichkeit, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags die „staatlichen Beihilfen“ im Rahmen des „Solidarpakts“ für die ostdeutschen Länder und Berlin einzustellen, was sie endgültig in den sozialen Absturz zu treiben droht.
- Vollständig übernommen werden **die aktuellen Artikel zur Beschäftigungspolitik**, in deren Namen eine Offensive für die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Zersetzung der gewerkschaftlichen Flächen-tarifverträge stattfindet.

Der SPD-Parteitag stand im Zeichen des Willens der SPD-Mitglieder und der Delegierten, dass endlich mit der Schande aufgeräumt werden muss, dass Millionen ArbeitnehmerInnen in entwürdigende rechtlose Jobs getrieben und mit Armutslöhnen abgespeist werden; dass immer mehr Menschen nach lebenslanger Arbeit ihren Lebensabend in Armut fristen sollen; dass heute in Deutschland 2,7 Millionen Kinder in Armut leben und weitere 2,5 Millionen an der Grenze der Armut.

Entspricht dem Mandat der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Mitglieder und WählerInnen: **Stimmt mit Nein zu einem Vertrag, der allen EU-Mitgliedsländern die verheerende Agenda-Politik und Hartz-Gesetze gebietet.**

Die gesamte Agenda-Politik Schröders, verschärft fortgesetzt von der Großen Koalition unter Merkel, die das Land einem erschreckenden sozialen Niedergang ausliefert, ist Ausfluss der völligen Unterordnung unter die politischen Vorgaben und Richtlinien der EU.

Die Große Koalition will jetzt das Ratifizierungsverfahren so schnell wie möglich durchziehen, ohne eine wirkliche öffentliche Diskussion und Entscheidung durch die Bevölkerung. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) „will alles tun, die Ratifizierung sehr zügig zu machen“, und Außenminister Steinmeier (SPD) erklärte, „Deutschland solle den Ehrgeiz haben, zu den ersten zu gehören“. D.h. in der Realität: Hinter dem Rücken des Volkes soll der EU-Vertrag aufgezwungen werden, dessen Politik von der Bevölkerungsmehrheit entschieden abgelehnt wird.

Das ist unmöglich zu akzeptieren!

Wir wenden uns an Euch, die Abgeordneten der SPD im Bundestag:

Entscheidet für die Ablehnung des Vertrags – Verteidigt mit Eurem Nein den Sozialstaat, den Öffentlichen Dienst, die sozialen und demokratischen Arbeitnehmerrechte, die nach 1945 gefestigten demokratischen und sozialen Grundlagen der Bundesrepublik.

0 Ich unterstütze den Offenen Brief und möchte weiter informiert werden

Name:

Adresse: (auch Tel./Fax/E-Mail)

Organisation/Funktion:

Kontaktadressen:

H.W. Schuster, NRW, Fax: 0211-7599092; E-Mail: <grotjohann.schuster@t-online.de>

Michael Altmann, Hessen, E-Mail: Michael.Altmann@gmx.net

Klaus Schüller, Thüringen, E-Mail: Klaus-Schueller@gmx.de

Gotthard Krupp, Berlin, Fax: 030-3131662; E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de

Sagt Nein zu einem Vertrag, der die Länder Europas in den weltweiten Kriegszug der US-Regierung einbinden soll!

- **„Die Zuständigkeit der Union in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik...“ Wäre der Vertrag bei Beginn des Irak-Kriegs schon in Kraft gewesen, hätte es keine alleinige souveräne Entscheidung des deutschen Volkes und seiner SPD-geführten Regierung für ein Nein zu diesem Feldzug von Bush geben können!

Außerdem übernimmt der Vertrag die verstärkte Unterordnung unter die Nato und verlangt von den Mitgliedstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.

- **Vorrang des EU-Rechts.** In der Erklärung 29 zu dem Vertrag heißt es: „Nach Rechtsprechung des Gerichtshofs ist der Vorrang des EG-Rechts einer der Grundpfeiler des Gemeinschaftsrechts... Die Tatsache, dass der Grundsatz dieses Vorrangs nicht in den künftigen Vertrag aufgenommen wird, ändert nichts an seiner Existenz und an der bestehenden Rechtsprechung des Gerichtshofs.“ Der Lissabon-Vertrag negiert damit nationales Recht und das Grundgesetz. Er negiert – wie schon der Verfassungsentwurf – die Souveränität der Völker und Nationen, damit auch des deutschen Volkes.